

Vor dem Hintergrund, dass der Antrag des Vereins Frauen helfen Frauen Troisdorf e.V. auf Übernahme der mit dem Umzug verbundenen Kosten abgelehnt und im Ausschuss darüber diskutiert wurde, die übersteigenden Kosten über eine Erhöhung des Tagessatzes abzudecken, bat Abg. Peters die Verwaltung um Mitteilung, wie weit die Tagessatzverhandlungen fortgeschritten seien und ob bereits eine Lösung für das autonome Frauenhaus gefunden werden konnte.

Dezernent Schmitz erklärte, das erste Gespräch über die anzuerkennenden Kosten für den Neubau sei für den 02.07.21 terminiert. Es sei nicht zielführend, Tagessatzverhandlungen zu führen ohne die künftigen Leistungen und die Kosten allesamt zu kennen. Aktuell befinde man sich in den Vorbereitungen; der Blickwinkel läge dabei eher darauf, wie die Kalkulation perspektivisch aussehen könnte.

Hinsichtlich des Einwandes der Abg. Peters, dass das Frauenhaus Troisdorf die finanziellen Mittel noch vor dem Umzug benötige, teilte Dezernent Schmitz mit, dass der Rhein-Sieg-Kreis nicht für drittfinanzierte Leistungen aufkommen könne und dies auch nicht Bestandteil der Leistungsvereinbarung sein werde. Welche Kosten hingegen berücksichtigt werden können, werde in den Verhandlungsgesprächen geklärt; ein Erstgespräch sei für den 02.07.2021 geplant.

Herr Liermann wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Rhein-Sieg-Kreis mit dem Frauenhaus Troisdorf unter zwei verschiedenen Aspekten spreche. Zum einen fänden seit letztem Jahr Verhandlungsgespräche hinsichtlich der Leistungsvereinbarung für das aktuell bestehende Frauenhaus statt; hier sei in absehbarer Zeit mit einem Ergebnis zu rechnen. Unabhängig hiervon würden am 02.07.2021 die Verhandlungen bezüglich des neuen Frauenhauses beginnen. Ihm sei bewusst, dass die Kolleginnen vom Frauenhaus dann noch nicht alle konkreten Kosten benennen könnten, allerdings werden die Verhandlungen unter Beteiligung des Paritätischen Spitzenverbandes stattfinden, sodass er fachlich fundierte Gespräche und gute Ergebnisse zu erwarten seien. Darüber hinaus seien dem Frauenhaus zur Vorbereitung bereits einige Aspekte genannt worden, die Teil der Verhandlungsgespräche sein werden.

Die Vorsitzende bat die Verwaltung nachfolgend nochmals konkret Stellung zu den einzelnen Punkten im Antrag zu beziehen. In diesem Zusammenhang rief sie in Erinnerung, dass die Verwaltung in der letzten Ausschusssitzung gebeten wurde, sich dem strukturellen Problem zu widmen, dass für einige im Frauenhaus befindliche Frauen keine Refinanzierungsmöglichkeit existiere. Ferner erkundigte sie sich nach der Finanzierung der Kinder in Frauenhäusern. Hierzu führte Herr Liermann aus, dass die Verwaltung der in dem Antrag enthaltenen Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion

bereits nachgegangen sei und vom Land NRW die Auskunft erhalten habe, dass die vom Land bereitgestellten 7.000,00 € nicht für die Finanzierung der Kinder vorgesehen seien und dass nach jetzigem Stand keine Änderung zu erwarten sei.

Vor dem Hintergrund, dass die Verhandlungsgespräche mit dem Troisdorfer Verein Frauen helfen Frauen bezüglich der Leistungsvereinbarung für das bestehende Frauenhaus seit letztem Jahr andauern und weil auch er die finanzielle Belastung des Vereins sehe, fragte Abg. Haacke bei der Verwaltung nach, ob es möglich sei, für den Abschluss der Leistungsvereinbarung, das neue Frauenhaus betreffend, bereits eine Art Zeitplan festzulegen, um die Sache auf diese Weise beschleunigen und transparenter gestalten zu können.

Abg. Schmitz schloss sich seinem Vorredner an und schlug vor, den Antrag im Sinne des Vereins Frauen helfen Frauen e.V. zu beschließen, sodass sich die Verwaltung zeitnah mit den dort genannten Aspekten auseinandersetzen und diese entsprechend ausführen könne.

Dezernent Schmitz betonte, dass die Verwaltung ihren Verpflichtungen im Rahmen des Möglichen nachkomme. In diesem Zusammenhang rief er jedoch in Erinnerung, wie lange es gedauert habe, bis im Rhein-Sieg-Kreis letztlich mehr Frauenhausplätze geschaffen wurden, obwohl die Verwaltung und der Verein Frauen helfen Frauen Troisdorf e.V. dem Ministerium bereits in 2018 ihre Bedenken hinsichtlich der fehlenden Plätze bekundet hatten. Dieses hatte zunächst eine Dunkelfeldstudie durchführen und sich erst danach mit dem Kreis in Verbindung setzen wollen. Insofern müsse auch abgewartet werden, wie hoch die Pauschalen ausfallen bzw. in welchem Umfang der Rhein-Sieg-Kreis vom Land unterstützt werde.

Im Folgenden ließ die Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Der Ausschuss fasst sodann folgenden Beschluss: